

Harald Stadler

Ortsvorsteher

Bornheim, den 28. Januar 2014

Pützweide 9

Telefon: 02222-1832

E-Mail: stadler-bornheim@t-online.de

Stadt Bornheim
Herrn Bürgermeister
Wolfgang Henseler
Rathausstraße 2

53332 BORNHEIM

**Anfrage, gemäß § 19 der GO des Rates, für die nächste Sitzung des VPLA,
hier: Kompensationsmaßnahmen Kontrolle**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Henseler,

in der Sitzung des Fachausschusses am 23. Mai 2012 beschlossen die Mitglieder des VPLA, dass jährlich eine Kompensationsmaßnahme durch die Stadt überprüft wird.

Ferner sollte auf Antrag der SPD uns eine Kartenübersicht über die außerhalb der Bebauungspläne angelegten Kompensationsmaßnahmen, zur Verfügung gestellt werden, s. Anlage.

- **Welche beiden Kompensationsmaßnahmen wurden 2012 und 2013 überprüft?**
- **Wurden Verstöße gegen das Ortsrecht festgestellt?**
- **In welcher Sitzungsvorlage wurde uns die Kartenübersicht zu den bereits angelegten Kompensationsmaßnahmen außerhalb der Bebauungspläne vorgestellt?**

Ich bitte diese Fragen in der kommenden Sitzung zu beantworten.

Mit freundlichen Grüßen

Harald Stadler

Beschluss:

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften beauftragt den Bürgermeister

1. auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, jährlich in mindestens einem exemplarischen Fall zu überprüfen, ob die im Rahmen der Bauleitplanung festgelegte gebietsinterne und externe Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft dauerhaft umgesetzt wurde. Festgestellte Verstöße gegen das Ortsrecht sind zu verfolgen und auszugleichen und.
2. auf Antrag der SPD-Fraktion, in einer der nächsten Ausschusssitzungen (Umweltausschuss und Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften) im Rahmen einer Mitteilung eine Kartenübersicht der bereits angelegten Kompensationsmaßnahmen außerhalb der Bebauungspläne zur Verfügung zu stellen.

Kompensation stärker kontrollieren

Bornheimer Ratsmehrheit unterstützte Grünen-Antrag – Reicht das Personal?

BORNHEIM. Kompensationsmaßnahmen wie Ersatzpflanzungen bei Bauvorhaben sollen in Bornheim künftig stärker als bisher kontrolliert werden. Das hat der Bornheimer Planungsausschuss am Mittwochabend mehrheitlich bei sechs Gegenstimmen und einer Enthaltung beschlossen und damit einem Antrag der Grünen entsprochen. Die umstrittene Baumschutzsatzung, auch ein Antrag der Grünen, wurde dagegen mehrheitlich abgelehnt.

Kompensationsmaßnahmen, das können im Bebauungsplan festgelegte Einfriedungen sein, aber auch vereinbarte Baum- und Strauchbepflanzungen. Oft genug wurden etliche in den Bebauungs-

plänen festgesetzte Vorgaben wie etwa der Erhalt wertvoller Bäume und Hecken nur unzureichend oder gar nicht umgesetzt. Das jedenfalls kritisierte Michael Pacyna von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Anlass dafür, so die Grünen, könnte eine fehlende Überprüfung der Vereinbarungen sein. Der Erste Beigeordnete Manfred Schier wies allerdings darauf hin, dass sehr wohl kontrolliert würde und man bisher auch sowohl positive als auch negative Erfahrungen mit der Umsetzung der Kompensation gemacht habe. Den Politikern erklärte er auch, dass Stichproben nicht ausreichen: „Wir brauchen ein einheitliches Vorgehen, dass über einzelne Stichproben hinaus geht und

deutlich macht, dass die Kontrolle nicht willkürlich, sondern durch ein festgelegtes Auswahlverfahren getroffen wurde“. Für Hans Dieter Wirtz (CDU) war es „eigentlich ein Hohn, einen solchen Beschluss fassen zu müssen“. Eine zeitnahe Kontrolle nach einer Bebauung hält aber auch er für sehr wichtig. Fragen zur Finanzierung dieser Kontrollen warf Jörn Freynick von der FDP auf. Dazu Bürgermeister Wolfgang Henseler: „Unser Personal reicht nicht aus, um zusätzlich aktiv zu werden“. Im Stadtgebiet gäbe es sehr viele zu kontrollierende Flächen, dann käme die Verwaltung mit der Arbeit gar nicht mehr nach. „Es bleibt abzuwarten, wie wir das dann regeln“, sagte Henseler.

Auf jeden Fall bedeute der Beschluss einen erheblichen Mehraufwand. „Aber wenn wir es machen, dann bewegen wir uns völlig in Recht und Gesetz“, betonte der Bürgermeister.

Auch der UWG, erklärte Fraktionssprecher Hans-Gerd Feldenkirchen, reichen einzelne Stichproben nicht aus. „Das sorgt auch für Unfrieden“, betonte er. Und: „Entweder man überprüft komplett oder gar nicht.“

Auch die FDP hat Zweifel, dass Stichproben gerecht sind. „Stichproben werden in allen Bereichen gemacht“, konterte Michael Pacyna. Außerdem sieht er schon ein positives Signal darin, wenn sich herumsprecht, dass die Kontrollen verschärft werden. (mkl)

BR 25.5.17